



Grüne Abgeordnete besuchen Imkerinnen und Imker in ganz NRW

In diesem Jahr fällt die Honigernte außerordentlich schlecht aus. Viele Imkerinnen und Imker erzielen nur die Hälfte des sonstigen Ertrags. Sorge bereiten Nachrichten über Bienenseuchen und Milbenbefall, die viele Bienenvölker bedrohen. Dies haben die 29 Abgeordneten der Grünen Landtagsfraktion zum Anlass genommen, sich vor Ort ein Bild zu machen und mit den Imkerinnen und Imker in ganz NRW zu diskutieren: Von Würselen bis Marsberg, von Havixbeck (Foto mit Norwich Rübe MdL) bis Bonn.

Von den heimischen 2.000 bis 3.000 Nutzpflanzen- und Wildpflanzen-Arten sind etwa 80 Prozent darauf angewiesen, von Bienen bestäubt zu werden. Mit anderen Worten: Ohne Bienen keine Pflanzen und keine Erträge. Der Mensch ist nicht unschuldig an dieser Entwicklung. Vor allem die intensive Landwirtschaft, Monokul-

turen und der übermäßige Einsatz von Pestiziden tragen dazu bei. Deutsche Imker beklagen seit Jahren überdurchschnittliche Verluste. Es scheint, als zeige uns die Schwächung vieler Bie-



nenvölker beispielhaft, wie es um unsere biologische Artenvielfalt bestellt ist.

Uns ist es wichtig, den natürlichen Lebensraum der Biene zu erhalten. Wie dies langfristig geschehen kann, diskutierten die Abgeordneten vor Ort mit den Imkerinnen und Imkern. Ihre Arbeit und ihr Engagement kann man nicht genug würdigen. Welch hohen Stellenwert Bienen schon für die Autoren des Bürgerlichen Gesetzbuches hatten, wird daran deutlich, dass allein über den Umgang mit Bienenschwärmen mehrere Paragraphen zu finden sind (BGB §§ 961 – 964 BGB).



FDP-Landtagsfraktion feiert traditionelles Sommerfest

Mit mehr als 650 Gästen hat die FDP-Fraktion ihr traditionelles Sommerfest im Düsseldorfer Landtag gefeiert. „Die FDP ist ein belebender Faktor in der Landespolitik“, sagte FDP-Fraktionschef Christian Lindner zur Begrüßung. Als

konstruktive Opposition sage die FDP im Parlament nicht immer nur „Nein“, sondern zeige Alternativen zum Regierungshandeln auf. Dies belegen auch die Zahlen: 9 Gesetzentwürfe, 556 Anfragen und 97 Anträge hat die Landtagsfraktion im vergangenen Jahr in den Landtag eingebracht.

Stellvertretend für zahlreiche Vertreter von Verbänden, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, Kommunen und Unternehmen hieß Lindner die Vorsitzenden der Beamten- und des Richterbundes Meinolf Guntermann und Rainer Lindemann willkommen. „Die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre war gut. Der Staat verzeichnet Rekordsteuerein-

nahmen. Es ist nur fair, wenn alle von dieser exzellenten Wirtschaftslage profitieren – sowohl die Beschäftigten der privaten Wirtschaft wie auch die im öffentlichen Bereich“, betonte Lindner. Trotzdem werde der Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst von Rot-Grün nicht angemessen auf die Landesbeamten übertragen.

Bundesaußenminister Guido Westerwelle, der als Ehrengast zum Sommerfest gekommen war, dankte der FDP-Landtagsfraktion für ihre geradlinige, konstruktive Arbeit. Die FDP sei als Meinungsführer im Parlament wahrnehmbar.



„Prism“ und „Tempora“ – was wir jetzt tun können

Die Aufregung ist groß, seit Edward Snowden den Überwachungsskandal durch „Prism“ und „Tempora“ offengelegt hat. Vertreter aller etablierten Parteien tragen eine Mischung aus Empörung und Betroffenheit zur Schau – nach dem Motto: „Da muss man doch was machen!“ Muss man! Aber was denn eigentlich? Weder im Bundestag noch in den Landesparlamenten wurde bisher ernsthaft über Lösungsmöglichkeiten diskutiert – außer im Landtag NRW. Und das auch nur, weil die Piratenfraktion gleich vier Anträge zu den Überwachungsprogrammen ins Plenum eingebracht hat. Unsere Anträge werden jetzt in den Ausschüssen debattiert und zeigen, was wir gegen den größten Eingriff aller Zeiten in die Grundrechte unserer Bürger tun können.

Wir müssen demokratisch festlegen, wie viel Überwachung wir zulassen wollen. In einer

Demokratie sollen nicht Geheimdienste entscheiden dürfen, was zum Schutz unserer Gesellschaft nötig ist. „Wir können davon ausgehen, dass die Überwachungsprogramme auch für Wirtschaftsspionage eingesetzt werden“, erklärt Daniel Schwerd, Netzpolitischer Sprecher der Piratenfraktion NRW. „Nicht nur die Menschen, auch die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen benötigen unseren Schutz.“

Dank EU-Recht stehen uns im Fall von „Tempora“ unzweifelhaft rechtliche Schritte zur Verfügung. Dass Großbritannien sämtliche Kommunikationswege der Bürger anderer Mitgliedstaaten überwacht, ist eine klare Verletzung der Europäischen Verträge. „Die EU-Kommission kann diesen eklatanten Verstoß nicht hinnehmen“, erläutert Nico Kern, Europapolitischer Sprecher der Piratenfraktion. Die Piraten

haben zusätzlich zum Antrag im Plenum eine entsprechende Unterschriften-Kampagne unter <https://stopwatching.de> initiiert.



Damit solche Skandale auch in Zukunft ans Licht kommen, fordern wir einen verlässlichen Schutz für Whistleblower. Frank Herrmann, Sprecher der Piratenfraktion für Privatsphäre und Datenschutz: „Menschen wie Snowden sind keinen Denunzianten. Sie stellen uns ihr Wissen zum Wohle unserer Gesellschaft zur Verfügung. Der heutige gesetzliche Schutz für Hinweisgeber ist allerdings unklar. Das müssen wir dringend ändern.“



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW